

# Sachsens Zukunft: Bildung

Die Bildungsgewerkschaft im DGB



<b>Antrag Nr.: 3./03</b>	1. Allg. Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik 2. Arbeitsmarkt-, Tarif- und Sozialpolitik 3. Bildungspolitik 4. Organisation und Satzung	<b>TOP:</b>
Betreff: <b>Thesen zur politischen Bildung</b>		
<input type="checkbox"/> Änderungsantrag <input type="checkbox"/> Dringlichkeitsantrag <input type="checkbox"/> Ergänzungsantrag	Antragsteller*in	Landesvorstand
		_____
		_____

Der Gewerkschaftstag der GEW Sachsen möge folgende Thesen zur politischen Bildung beschließen: 1

**1) Politische Bildung ist eine Querschnittsaufgabe aller Schularten und Fächer. Es muss dabei klar sein, dass Schule nur ein Baustein des lebenslangen Lernens ist.** 5

In einer durch Technologie und Wissenschaft geprägten Welt muss und kann jeder Gegenstand in seiner politischen Dimension bearbeitet werden. Politische Bildung ist somit die Aufgabe alle Beteiligten in Schule und Unterricht. Politische Bildung beginnt unserer Auffassung nach bereits auf der Ebene des Unterrichts und der Schulkultur. Demokratie endet nicht vor dem Schulgebäude! Schon hier sollen Schülerinnen und Schüler nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten mitbestimmen und Verantwortung übernehmen. Alle Kolleg\*innen müssen sich darin einig werden, welche Art der Mitbestimmung das Zusammenleben in der Schule prägen soll. Gelebte Demokratie ist die beste Grundlage für die Bildung von demokratischen und lebenslang für Neues offenen Persönlichkeiten. 10

**2) Die GEW Sachsen begrüßt jedes Bestreben zur Intensivierung der politischen Bildung im Freistaat Sachsen. Die Einführung des Faches "Gemeinschaftskunde" ist im Rahmen der Überarbeitung und Modernisierung von Lehrplänen und Stundentafeln ein Mittel. Die Wochenstunden für Politik und Sozialkunde sind insgesamt zu erhöhen.** 25

Wie mehrere Studien nachweisen, erfolgt in Sachsen der Unterricht in „Gemeinschaftskunde, Recht und Wirtschaft“ im Bundesvergleich recht spät und zudem innerhalb weniger Stunden. Die GEW steht dafür ein, dass sich dies dringend ändert. Auch wenn die politische Dimension von Sachverhalten stets berücksichtigt wird, muss politisches Grundwissen und aktuelle politische Fragen zusammenführend in einem eigenständigen Fachunterricht für Politik und Sozialkunde behandelt werden. Auch hier ist aufzuzeigen, welche Rolle Fachkenntnisse zum Beispiel in Mathematik oder Geographie für ein geschärftes, politisches Urteil spielen. Wir fordern 30

die Einführung von mindestens 2 Wochenstunden für politische Bildung ab Klasse 5 sowie die Berücksichtigung in den Lehrplänen für Sachkundeunterricht in der Grundschule. 45

**3) Schule ist kein unpolitischer Ort. In diesem Sinne sind auch Lehrkräfte politische Menschen. Es gehört zu unserem professionellen Selbstverständnis als Pädagog\*innen, eigene Meinungen auch als solche zu markieren.** 50

Politische Urteile lassen sich indes nicht allein aus der Faktenlage heraus beurteilen. Es gesellt sich immer ein wertender Teil hinzu, der letztlich den Schüler\*innen überlassen bleibt. Es ist dabei keine Lösung, Wertungen aus dem Unterricht auszuklammern. Demokratie besteht nicht aus der Summe von Einzelmeinungen, sondern lebt gerade von der Auseinandersetzung und Anerkennung verschiedener Perspektiven. In diesem Sinne lehrt guter Gemeinschaftskundeunterricht, dass es in der Politik immer Alternativen gibt. In diesem Prozess des Meinungsaustauschs und -neubildung halten wir es für den falschen Weg, wenn Lehrer\*innen ihre eigene politische Position verheimlichen. Sie sollen vielmehr vorbildlich ihre Meinung ohne Überwältigung einbringen und Sach- von Werturteil am eigenen Beispiel unterscheiden. 55  
60  
65

**4) Der "Beutelsbacher Konsens" bindet Schulsystem, Lehrkräfte und Kooperationspartner innerhalb der politischen und sonstigen schulischen Bildung. Dabei dürfen die Grundsätze politischer Bildung nicht weiter Anlass dafür sein, politischen Themen aus dem Weg zu gehen.** 70

Der "Beutelsbacher Konsens" formuliert Grundsätze dazu, wie politische Themen zielgruppengerecht behandelt werden sollten. Er ist gerade kein Aufruf kontroverse Themen bzw. Wertungen und Meinungen auszuklammern. In Sachsen wurde lange die Losung ausgegeben, dass Meinungsstreit und echte politische Auseinandersetzungen nichts im Unterricht verloren hätten. Dem ist vehement zu widersprechen. Gerade die Verbannung von Politik aus den Klassenzimmern ist ein Merkmal autokratischer Regime. Vielmehr müssen Schule, aber auch Behörden durch eigenes Handeln beweisen, dass Menschenrechte und die freiheitlich-demokratische Grundordnung unverzichtbare Werte sind, die die Anerkennung jedes Menschen und politische Meinungen überhaupt erst ermöglichen. Intensive, politische Bildung verstärkt also nicht die Indoktrination, sondern bietet neue Räume für Meinungsstreit und politische Erfahrungen. 75  
80  
85  
90

**5) Friedenserziehung ist der Kern der politischen Bildung und der Demokratie- und Toleranzerziehung. Die Bundeswehr kann nur Kooperationspartner, aber nicht alleiniger Träger der politischen Bildung sein.** 95

Die Lehrer\*innen entscheiden im Rahmen ihrer pädagogischen Freiheit eigenständig, welche Kooperationspartner am Unterricht teilnehmen. Militärische Berufswerbung ist kein Bestandteil des Schullebens an den staatlichen Schulen des Freistaates Sachsen! Es sind letztlich die Lehrer\*innen, die sicherstellen müssen, dass alle außerschulischen Kooperationspartner\*innen nach dem "Beutelsbacher Konsens" handeln. Die Hilfe von zivilgesellschaftlichen Vereinen ist aus der politischen Bildungsarbeit kaum wegzudenken. Unserer Überzeugung nach und der UN-Kinderrechtscharta gemäß, hat die Berufswerbung der Bundeswehr nichts an Schulen verloren. Zudem ist das Angebot der politischen Bildung zu Fragen der internationalen Sicherheitspolitik der Bundeswehr nicht unabhängig. Die kommunikativ geschulten Jugendoffiziere werden dazu angehalten, die sicherheitspolitischen Positionen des Bundesministeriums für Verteidigung zu 100  
105  
110  
115

vermitteln. Eher angebracht wäre es, die zuständigen Politiker\*innen zu den Themen Verteidigung, Militär und Außenpolitik einzuladen.  
Die GEW spricht sich für eine konsequente Friedenserziehung aus, die sicherheitspolitische Fragen im Kontext der Menschenrechte und globaler Gerechtigkeit verhandelt.

**6) Politische Bildung lebt vom Diskurs mit den unmittelbar Beteiligten. Maßgabe des Umgangs mit Kooperationspartnern muss dabei aber der "Beutelsbacher Konsens" sein.**

Es darf keine Vereinbarungen geben, die einzelnen Organisationen einen bevorzugten Zugang zur Schule geben.

Die GEW steht dafür ein, dass die herausgehobene Stellung der Jugendoffiziere in der politischen Bildung beendet wird. Die Kooperationsvereinbarung mit dem Kultusministerium ist aufzukündigen. Gleichwohl ist nichts dagegen einzuwenden, dass militärische Angestellte oder Soldat\*innen mit Auslandserfahrung in die Schule eingeladen werden. Ein eigenständiges Bildungsangebot sollte von ihnen nicht ausgehen.

Des Weiteren ist dem Lobbyismus verschiedenster anderer Organisationen durch Unterrichtsmaterialien, Lern-technologie (z.B. Tablets und Lernprogramm) und andere Mittel kritisch entgegenzuwirken. Der staatliche Bildungsauftrag ist ausreichend im Bereich der personellen und sachlichen Ausstattung abzusichern. Dies stärkt die Selbstständigkeit von Schulen und immunisiert sie gegen die unlautere Einflussnahme von außen. Den größten Aufholbedarf besitzen Schulen in Hinblick auf die Digitalisierung. Große Firmen, wie Google oder Apple, verfolgen den Ausbau ihrer Plattform-Monopole, wenn sie Schulen klassenweise mit ihren Geräten versorgen. Dem muss endlich durch ein angemessenes staatliches Angebot begegnet werden.

**7) In allen Schularten und -stufen sind die Achtung des Prinzips der Heterogenität der Lebensläufe und der Abbau von Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung das bestimmende Prinzip.**

Politische Bildung im Sinne von umfassender Demokratiebildung nimmt sich den Abbau unterschiedlicher Diskriminierungs- und Ausgrenzungsformen zum Auftrag. Gemeinschaftskunde darf nicht nur Politik als abstraktes Thema behandeln, sondern muss das Demokratie-Leben der ganzen Schule unterstützen. Dazu gehört die Anerkennung von Heterogenität und Sensibilisierung über Ausgrenzungsmechanismen in Sprache und Gesellschaft. Politische Bildung ergreift hier insoweit Partei, als dass diese Mechanismen aufgedeckt und gefestigte Stereotypen wirksam irritiert werden müssen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit darf nicht ignoriert, sondern muss als solche angesprochen und behandelt werden.

**8) Politische Bildung lebt vom offenen Diskurs. Für die Auseinandersetzung mit aktuellen und für die Schüler\*innen relevanten Themen sind die nötigen Freiräume zu schaffen.**

Wie oben ersichtlich geworden ist, lebt politische Urteilsfindung von einer Vielzahl an Fachwissen und Kompetenzen. Aktuelle politische Kontroversen eignen sich daher hervorragend für projektorientierten und fachübergreifenden Unterricht, in denen Schüler\*innen ihre Kenntnisse mit dem Fokus auf einen Problemkomplex integrieren müssen. Solche tagesaktuellen Projekte brauchen Zeit und Raum. Sie können wegen ihrer Aktualität nicht von Lehrplänen vorgegeben werden, sollten aber integraler Bestandteil des schulischen Bildungsauftrags sein. Für die Planung und Durchführung solcher Projekte sind den Schulen die entsprechenden Zeitres-

sourcen durch die Entschlackung der Lehrpläne einzu-  
räumen. 190

**9) Junge Menschen beziehen ihre Informationen zunehmend nicht mehr über die klassischen Medienkanäle. Eine kritische und zeitgemäße Medienbildung muss daher deutlich gestärkt werden.** 195

Bisher geben die Lehrpläne der kritischen Medienerziehung insbesondere in Deutsch und GRW einen gewissen Raum. Kaum Erwähnung finden dort allerdings die Dynamiken, die sich durch soziale Netzwerke und andere Formen neuer Medien im politischen Diskurs zeigen. 200

Junge Menschen informieren sich hingegen immer weniger über die klassischen Wege, wie überregionale Zeitungen oder etwa die Tagesschau. Dem muss Schule mit guter politischer Bildung Rechnung tragen. Die GEW setzt sich dafür ein, dass an passender Stelle neue Medien und die dahinter liegenden Strukturen im Unterricht behandelt werden können. Hierbei muss noch mehr als zuvor die Seriosität von journalistischen Texten und Videos beachtet werden. Zudem sollten die Funktionalität der Algorithmen und die Manipulationsmöglichkeiten für Stimmungen und Trends in den Netzwerken Berücksichtigung finden. Datenschutzrechtliche Aspekte aufzugreifen, ist natürlich auch hier mehr als angebracht. Das Thema Nachrichtenkompetenz in der neuen Medienwelt muss Teil einer großen Weiterbildungsoffensive zur schulischen Digitalisierung sein. 205

Hierbei muss noch mehr als zuvor die Seriosität von journalistischen Texten und Videos beachtet werden. Zudem sollten die Funktionalität der Algorithmen und die Manipulationsmöglichkeiten für Stimmungen und Trends in den Netzwerken Berücksichtigung finden. Datenschutzrechtliche Aspekte aufzugreifen, ist natürlich auch hier mehr als angebracht. Das Thema Nachrichtenkompetenz in der neuen Medienwelt muss Teil einer großen Weiterbildungsoffensive zur schulischen Digitalisierung sein. 210

Das Thema Nachrichtenkompetenz in der neuen Medienwelt muss Teil einer großen Weiterbildungsoffensive zur schulischen Digitalisierung sein. 215

**Begründung**

Politische Bildung ist im besten Sinne Demokratie lernen. Die hier vorgelegten zehn Thesen nehmen klar dazu Stellung, welche Aspekte das Lernen und Erfahren politischer Bildung maßgeblich stärken. Sie zeigen damit auch auf, an welchen Stellen der meiste Handlungsbedarf besteht. Hier ist festzustellen, dass die politische Bildung zum einen einer falsch verstandenen Neutralität untergeordnet und zum anderen personell und sachlich sträflich vernachlässigt wurde. 220

Dabei sind die Herausforderungen mehr als dringlich. Rechtsradikale Gewalt und Diskurshegemonie, ökonomische Ungleichheiten, der Klimawandel, Digitalisierung und die Komplexität globaler Prozesse. Diese Liste ließe sich trefflich erweitern und differenzieren. Sie macht eines deutlich: Noch heute besitzt gesellschaftspolitische Bildung nicht den gleichen bildungspolitischen Stellenwert wie naturwissenschaftliche Fächer. Die Demokratie bedarf hingegen mündiger Bürger\*innen, die ihr Recht auf Teilhaben einfordern und politische Prozesse durchschauen können. 225

Dabei darf Politik nicht rein kognitiv betrachtet werden. Die allgemeinbildenden Schulen, der berufsbildende Bereich und Hochschulen sind wichtige integrierende Plattformen für demokratische Erfahrungsräume. Politische Bildung lebt demnach erheblich von der Auseinandersetzung mit verschiedenen Standpunkten und dem Perspektivwechsel. Politische Sozialisation und Bildung ist keine Ein-Personen-Veranstaltung. 230

Politisches Handeln beginnt bereits auf der unteren Ebene des Unterrichtsgeschehens und der Lehrer\*in-Schüler\*in-Interaktion. In diesem Sinne kann politisches Handeln bereits in der Elementarbildung stattfinden und kann nicht auf Parteiengagement oder Parlamentsbesuche reduziert werden. Demokratiebildung zu vermitteln geht vielmehr mit einer entsprechenden Haltung einher. Insofern kann politische Bildung aus dem Schul- und Unterrichtsgeschehen nicht herausgehalten werden. 235

Gleichwohl gibt es gerade aktuell Themen, die mehr oder weniger polarisieren. Unserer Auffassung nach sollten nicht nur Politiker\*innen wieder tiefsinniger debattieren, auch in den Klassenzimmern muss mehr und respektvoll gestritten werden. Hierfür bietet der „Beutelsbacher Konsens“ eine bewährte Grundlage für die Aus- 240

einandersetzung mit politischen Themen. Politische Bildung darf nicht in einer neutral-passiven Haltung stecken bleiben, sondern hat die Pflicht für die Werte des Grundgesetzes und der Menschenrechte einzutreten. Politische Bildner*innen sind im Übrigen keine Werbeveranstaltung für die aktuelle Regierungspolitik und regierende Parteien. Vielmehr muss aufgezeigt werden, wo politische Systeme – auch das eigene – von den propagierten Werten abweichen. Über demokratische und professionelle Standards hinaus dürfen Lehrkräfte natürlich auch ihre eigene Meinung einbringen, ohne die Schüler*innen zu überwältigen.	265
Professionell begleitete und kontinuierliche Angebote der politischen Bildung sind in Zeiten einer aufgeregten und kurzweiligen politischen Meinungsbildung in sozialen Netzwerken unabdingbar. Die politische Kommunikation und Kultur haben sich deutlich gewandelt. Digitale Medien können sowohl Fluch als auch Segen sein. Auf die bedachte Nutzung und das kritische Verständnis der Medienmechanismen kommt es an. Dazu muss die Meinungsbildung über die neuen Medien ausgiebig im Unterricht thematisiert werden. Eine Studie der TU Dresden von 2017 ergab, dass dies in Schulbüchern kaum der Fall ist <sup>1</sup> . Auch die sächsischen Lehrpläne in den sozialwissenschaftlichen Fächern weisen hier eine große Lücke auf. Zum Thema Digitalisierung fordern wir eine deutliche Fort- und Weiterbildungsoffensive, in der die politische Dimension und digitale Medienplattformen eine integrale Rolle spielen.	270
Die GEW Sachsen begrüßt, dass das Kultusministerium politische Bildung nun als ein wichtiges Handlungsfeld aufgreift. Dass politische Themen von den Kolleg*innen anderer Fächer behandelt werden, darf nicht länger Ausrede dafür sein, es bei der aktuell niedrigen Stundenzahl für GRW zu belassen. Erfahrungen zeigen, dass eine Ausweitung des Stundenmaßes auch die Rolle der politischen Bildung, zum Beispiel durch Mitbestimmungsprojekte, in der Schulkultur stärkt.	275
	280
	285
	290
	295
	300
	305
	310
	315
	320
	325

<sup>1</sup> <https://tu-dresden.de/gsw/phil/ifk/das-institut/news/nachrichtenkompetenz-durch-die-schule-ifk-studie-zeigt-grossen-nachholbedarf>